

AN

## BESCHLUSS (RESOLUTIONS-) ANTRAG

der GemeinderatInnen Dr. Monika Vana (GRUNE) und Mag. Sonja Wehsely (SPÖ)  
eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 26.5.2001  
zu Post 1 der heutigen Tagesordnung  
**betreffend: Opferfürsorgegesetz**

2001

### B E G R U N D U N G

83|RAT|c.l.

In den Konzentrationslagern des 3. Reiches waren etwa 15.000 homosexuelle Männer inhaftiert und mit einem rosa Winkel auf der Häftlingsuniform gekennzeichnet. Rund 10.000 von ihnen sind von den Nationalsozialisten zu Tode gebracht worden. Obwohl diese Opfergruppe zusammen mit den als „asozial“ verfolgten Personen im Nationalfondsgesetz berücksichtigt werden, fehlt bis heute die Anerkennung im Opferfürsorgegesetz.

Bis heute wurde von der Bundesregierung eine Änderung des Opferfürsorgegesetzes abgelehnt oder endlos vertagt.

Es darf nicht sein, dass Opfer des Nationalsozialismus heute noch ignoriert werden und eine positive Erledigung so lange hinausgezögert wird, bis alle Betroffenen, die Anträge stellen konnten, verstorben sind.

Die gefertigten GemeinderatInnen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

### BESCHLUSSANTRAG:

Im Geiste dieser Resolution fordert der Gemeinderat der Stadt Wien den Nationalrat und Bundesrat der Republik Österreich auf, rasch die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass homosexuelle Opfer des Nationalsozialismus in den Begünstigtenkreis im Rahmen des Opferfürsorgegesetzes aufgenommen werden.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrages.

Wien, am 26.6.2001

Vana

Monika Wehsely